

103/A(E) XXI.GP

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten MMag. Dr. Madeleine Petrovic, Freundinnen und Freunde

betreffend Bericht des Finanzministers über die Einhaltung des Beschlusses der FPÖ auf Begrenzung der Politikerbezüge auf ATS 60.000,--

Die unterfertigten Abgeordneten stellen folgenden

ANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, dem Nationalrat über folgende Gegenstände zu berichten:

1. Beurteilung, inwiefern Beschlüsse und Anträge der FPÖ betreffend Politikerbezüge, zB:

- a) Entschließungsantrag 117/A(E) betreffend Abbau der Politikerprivilegien;
- b) Entschließungsantrag 285/A(E) betreffend Begrenzung der Politiker - und Funktionärsbezüge;
- c) der am Bundesparteitag der FPÖ am 14.1.1995 in Linz **einstimmig** beschlossenen Antrag betreffend Obergrenze für sämtliche Bezüge aus politischen Funktionen mit ATS 60.000,--;

geeignet sind, einen zumindest symbolischen Beitrag zu einer sozial ausgewogenen Budgetkonsolidierung zu leisten bzw ob nicht gleichzeitig durch eine Umsetzung dieser Beschlüsse Schwierigkeiten entstehen könnten, geeignete Personen für wichtige Funktionen in Parlament und Regierung zu gewinnen.

2. Berichterstattung darüber, inwieweit sich die der FPÖ angehörenden Mitglieder der Bundesregierung nach deren Angaben an die unter Punkt 2 angeführten Entschließungsanträge und Beschlüsse halten.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Finanzausschuß vorgeschlagen.